

HAUSMITTEILUNGEN



Der Neuigkeitenbrief

Als Leser:in unserer «Hausmitteilungen» verfügen Sie höchstwahrscheinlich und löblicherweise über ein Print-Abo. Dennoch möchten wir Ihnen zusätzlich den WOZ-Newsletter empfehlen: Einmal wöchentlich, noch bevor die gedruckte Ausgabe Ihren Briefkasten erreicht, erfahren Sie darin in einer Art Editorial, auf was Sie sich besonders freuen dürfen. Manchmal gibt es auch Klatsch und Tratsch aus der Redaktion oder Links zu Beiträgen, die nur online erscheinen. Und den Cartoon von Ruedi Widmer bekommen Sie im Newsletter immer vorab. Das kostenlose Angebot abonnieren Sie am besten gleich jetzt unter www.woz.ch/newsletter.

DIESSEITS VON GUT UND BÖSE



Behelligung in der Dunkelkammer

Bei der Frage, was Fidel Castro und Che Guevara verband, dürften die wenigsten als Erstes auf deren Armbanduhr tippen: Beide trugen eine Rolex. Genau wie Barack Obama, Brad Pitt, Roger Federer und all die andern gut betuchten Herren, die ihr Statussymbol gern in jede Kamera halten. Manchmal sind es auch Damen.

Aber die Rolex-Welt ist eine Männerwelt. Das Rolex-Armband umschmiegt bevorzugt kraftvolle Männerhandgelenke, deren Besitzer wissen, wie sich Macht und Luxus anfühlen.

Über den Genfer Uhrenkonzern ist kaum etwas bekannt, keine Produktionszahlen, keine Gewinne, keine Bilanzen. Rolex ist zu hundert Prozent im Besitz einer vom Firmengründer errichteten Stiftung, die nicht börsenkotiert ist und der in Genf so viele Immobilien gehören, dass manche von einem «Staat im Staat» reden.

Doch trotz hermetischer Verschwiegenheit drängen jetzt Fakten ans Licht, die im Widerspruch zum edlen Firmenmantra stehen, das da lautet: «Im Streben nach Exzellenz versucht Rolex täglich, nicht nur seine Armbanduhren zu verbessern, sondern auch seine Umweltverträglichkeit und seinen gesellschaftlichen Einfluss.»

Seit 2018 sollen Mitarbeitende am Genfer Hauptsitz sexuellen Belästigungen und Mobbing ausgesetzt gewesen sein; mehr als fünfzig Zeug:innenaussagen über die belastenden Verhältnisse gingen bei der Gewerkschaft Unia ein. Es geht um mehrere Angeschuldigte, wobei sich wohl ein Vorgesetzter mit Schikanen und sexistischen Bemerkungen besonders hervortat. Bei Beschwerden schützte ihn die Personalabteilung. Die Unia schaltete sich ein, nachdem es trotz interner und externer Untersuchung zu keiner Besserung gekommen war.

Im Gegenteil: Rolex entliess die Beschwerdeführer:innen, weshalb die Unia jetzt in «mehreren Dutzend» Fällen wegen rechtswidriger Kündigung vor Arbeitsgericht geht. Wofür man der «kaltblütigen, sozialkonservativen Machtmaschine», als die der «Politgeograf» Michael Hermann die Gewerkschaft kürzlich in der «SonntagsZeitung» bezeichnete, doch nur aus tiefstem Herzen dankbar sein kann. КНО

BÜHRLE-SHOWDOWN

Auf Mission für die Reputation

VON KASPAR SURBER

In Zürich tickt die Uhr: Am 28. Juni wird der Historiker Raphael Gross seine Untersuchung zur Provenienzforschung der Kunstsammlung von NS-Waffenlieferant Emil Georg Bührle präsentieren. Offenkundig hat man bei der Bührle-Stiftung deshalb kalte Füsse bekommen. Sie lässt mitteilen, dass im Kunsthaus Zürich fünf Leihgaben abgehängt werden sollen – berühmte Bilder von Gustave Courbet, Paul Gauguin,

Vincent van Gogh, Claude Monet und Henri de Toulouse-Lautrec.

Die Mitteilung verschickt hat die noble Kommunikationsagentur «Hirzel.Schmid.Neef.Konsulenten». Partner Victor Schmid ist seit Anfang Jahr Mitglied des Bührle-Stiftungsrates. Das Motto der Agentur passt ja auch perfekt zur Situation der viel kritisierten Stiftung: «Ihre Reputation ist unsere Mission». Dass man bei den fünf Werken eine «faire und gerechte» Lösung mit den Erben früherer Besitzer:innen suchen wolle, habe mit einer Änderung der «Best Practices» zu NS-Raubkunst durch das US-Aussenministerium im März zu tun, heisst es. Von der Untersuchung Gross ist keine Rede.

Dabei weiss die Stiftung – wie auch Kunsthaus und Stadt Zürich – schon viel länger um die Problematik der Provenienzen. In einer Übersicht von 2021 hat die Stiftung die be-

treffenden Bilder als «Fluchtgut» qualifiziert. Doch trotz der Tatsache, dass sie von Jüd:innen auf der Flucht verkauft werden mussten, also in einer existenziellen Notlage, stuft der damalige Stiftungsdirektor Lukas Gloor ihre Herkunft als «unproblematisch» ein. Noch weiter zurück liegt die Erklärung von Terezin zum Umgang mit «Holocaust-Vermögenswerten» aus dem Jahr 2009, die auch von der Schweiz unterzeichnet wurde. Demnach soll nicht nur während der NS-Zeit geraubte Kunst an die Vorbesitzer:innen restituiert werden, sondern auch solche aus Verkäufen in einer Zwangslage.

Dass die Bührle-Stiftung fünfzehn Jahre später bemerkt, dass sie sich nicht mehr hinter der Kategorie Fluchtgut verstecken kann, ist erfreulich. Ob sie mit der Rückgabe die zu erwartende Kritik des Berichts Gross parieren kann, wird sich weisen. Mission réputation à suivre.

KOMMENTAR VON TOBIAS MÜLLER

Kulturkampf ums Klima

Umweltschutz ist überlebenswichtig. Dennoch hat es das EU-Renaturierungsgesetz nur knapp über die Ziellinie geschafft.

Leonore Gewessler hatte das letzte Wort. Mit ihrer Stimme verhalf die österreichische Klimaschutzministerin am Montag dem lange umstrittenen EU-Renaturierungsgesetz zu einer Mehrheit im Rat der Mitgliedsländer. Eigentlich hatte sich Österreich der Stimme enthalten wollen. Doch bei der Abstimmung entschied sich Gewessler für das Mandat, das ihre Partei, die österreichischen Grünen, von den Wähler:innen bekommen hatte – und damit gegen den Willen der konservativen ÖVP, mit der die Grünen in Wien regieren.

Dadurch kommt das Gesetz, vom EU-Parlament bereits im Februar angenommen, nun auf die nötige «qualifizierte Mehrheit» von mindestens 15 Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten. In diesem Fall sind es 20 Staaten, aber dennoch nur 66 Prozent der Bevölkerung. Dagegen stimmten Finnland, Italien, die Niederlande, Polen, Schweden und Ungarn, Belgien enthielt sich. Unterstützung gab es dafür aus der Slowakei, die lange Bedenken gegen das Gesetz geäussert hatte. Vor dem Hintergrund des dortigen Machtkampfs zwischen pro- und antieuropäischen Kräften ist der Entscheid bemerkenswert.

Mit der Annahme des Gesetzes verpflichten sich die EU-Mitglieder dazu, bis 2030 je ein Fünftel ihrer beschädigten Naturgebiete wiederherzustellen. Bis 2050 sollen es sämtli-

che gefährdeten Ökosysteme sein. Greenpeace nennt die Abstimmung einen «Meilenstein für Europa» und rühmt Gewessler dafür, Verantwortung für das Gesetz übernommen zu haben.

Der mächtige Deutsche Bauernverband wirft ihr dagegen vor, das Ergebnis der EU-Wahl, in der die Grünen fast überall abgestraft wurden, zu ignorieren.

Aus nachhaltiger Sicht gibt es kein vernünftiges Argument gegen das Gesetz, das Teil des European Green Deal ist. 80 Prozent der Lebensräume in der Europäischen Union befinden sich in schlechtem Zustand. 10 Prozent der Bienen- und Schmetterlingsarten sind vom Aussterben bedroht, 70 Prozent der Böden in schlechter Verfassung. Das Gesetz formuliert eine einfache Wahrheit mit dringendem Handlungsbedarf: Umwelt- und Klimaschutz sind kein Luxus oder politisch nachrangiges Hobby, sondern überlebenswichtig. Gehört findet diese Botschaft jedoch immer weniger.

Die Bäuer:innenproteste des letzten Winters postulierten einen vermeintlichen Gegensatz: Klima und Nachhaltigkeit auf der einen Seite, Ernährungssicherheit und wirtschaftliches Überleben des agrarischen Berufsstands auf der anderen. Eine verkürzte Darstellung

mit gefährlicher Dynamik. Im europäischen Diskurs hat sich das Bild traditioneller, lokal verwurzelter Landarbeiter:innen, die sich gegen «abgehobene grüne Eliten» zur Wehr setzen, etabliert.

Der monatelange Widerstand von Agrarverbänden und konservativen EU-Abgeordneten gegen das Renaturierungsgesetz ist Ausdruck dieser Entwicklung. Er wurde zum Symbol für die oft bemühte angebliche Klimamüdigkeit in europäischen Gesellschaften und für den Rückhalt, den konservative und rechte Kräfte im EU-Parlament diesem Ressentiment gewähren. Die anfängliche Begeisterung für den Green Deal hat sich auch in der EU-Kommission gelegt. Bis zu den nächsten EU-Wahlen 2029 steht Europa ein Kulturkampf über die Bedeutung der Klimapolitik bevor.

Angesichts der sich ändernden Vorzeichen hat Leonore Gewessler die letzte Chance genutzt, das Renaturierungsgesetz über die Ziellinie zu schleppen. Dass sie damit eine Regierungskrise in Österreich in Kauf nimmt, war ein kalkuliertes Risiko. Dazu gehört, dass die Konservativen ihr vorwerfen, ihre «grüne Ideologie» über die Interessen von Regierung und Bevölkerung zu stellen.

Sowohl in Österreich, wo im September gewählt wird, als auch in den EU-Institutionen spitzt sich die Auseinandersetzung ums Klima zu. Sich deshalb der Stimme zu enthalten, wäre keine Option gewesen. Wohl aber bedarf es von progressiver Seite nun entschiedener Anstrengungen. Nachhaltige, klimagerechte Politik wird es nur geben, wenn der vermeintliche Gegensatz zwischen den Agrarier:innen und der Ökologie entzaubert wird – mit Argumenten und handfesten Massnahmen.

Die EU-Länder müssen jetzt ein Fünftel ihrer beschädigten Naturgebiete wiederherstellen.

RUEDI WIDMER

Unten links

